

Stettiner Zeitung.



Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 10. Januar 1885.

Nr. 16.

Deutscher Reichstag.

19. Plenar-Sitzung vom 9. Januar.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär im Reichsamt des Innern Staatsminister v. Bötticher. Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr.

Tagesordnung:

Ohne Diskussion wird der Antrag Wiener auf Einstellung des gegen den Abg. Koediger schwebenden Strafverfahrens angenommen und an Stelle des Abg. Meyer (Jena) auf Antrag des Abg. v. Franckenstein der Abg. Holzmann zum Schriftführer durch Affirmation gewählt.

Darauf folgt die zweite Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern.

Nachdem verschiedene Positionen debattelos bewilligt worden, geben einige Ausführungen des Abg. Gebhard (nat.-lib.) über die Befugnisse des Oberseamts dem

Staatssekretär v. Bötticher Veranlassung zu erklären, daß die Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen Seerichtswesens in Bezug auf verschiedene Punkte auch seitens der Reichsregierung zugestanden werde. Was speziell die Frage betreffe, ob eine Instanz zu schaffen sei, welche das einem Schiffsführer entzogene Patent aus Gründen der Billigkeit wiedergeben könne, so werde auch diese zur Erwägung gelangen; indessen sei die Möglichkeit der Wiederverleihung eines entzogenen Patents auch bereits bei der jetzigen Gesetzgebung vorhanden.

Nachdem die bezügliche Summe, so wie eine Reihe weiterer Positionen bewilligt worden, stellt Abg. Dr. Lingen (Zentrum) eine Anzahl von Anfragen, welche in das Ressort des Reichsgesundheitsamtes fallen und welche die Maßregeln zur Verhütung der Einschleppung von Cholera, ferner die reichsgesetzliche Regelung des Begräbniswesens und endlich eine reichsgerichtliche Deklaration der Begriffe „Wein“ und „Bier“ betreffen.

Bundeskommissar Geh. Reg.-Rath Köhler erwidert bezüglich der ersten Frage, die Reichsregierung sei im vollsten Maße bemüht gewesen, den auf dem Gebiete einer gründlichen Erkenntnis der Eigenart der Cholera und einer wirksamen Bekämpfung derselben gewonnenen wissenschaftlichen Resultaten eine möglichst weite Verbreitung zu geben. Der Bundeskommissar weist bei dieser Gelegenheit auf die kurze hin, welche eine große Anzahl von Ärzten während der letzten drei Monate im Reichsgesundheitsamte behufs Präparierung des von dem Geh. Regierungs-Rathe Dr. Koch festgestellten Choleraerregers absolviert hätten, wie er weiterhin auch diejenigen Beobachtungen betont, welche seitens der Reichsregierung während der in Frankreich herrschenden Choleraepidemie veranlaßt worden sind; nach dieser Richtung hin werde die Reichsregierung in ihren Bemühungen geeigneten Falles fortfahren. Was die zweite Frage, die reichsgesetzliche Regelung des Begräbniswesens anlangt, so sei dieselbe Sache der einzelnen Landesgesetzgebungen, und das empfehle sich auch als vollständig zweckmäßig, da bei dieser Angelegenheit vorzugsweise Fragen lokaler Natur, wie die Beschaffenheit der Bodenverhältnisse und andere sanitäre Verhältnisse in Betracht kämen. Wenn endlich der Herr Vorredner eine reichsgerichtliche Deklaration der Begriffe „Wein“ und „Bier“ verlange, so müsse er (der Bundeskommissar) darauf aufmerksam machen, daß es sich hier um eine Frage mehr wirtschaftlicher, als rechtlicher Natur handle, über welche eine Vereinbarung seitens der verbündeten Regierungen noch nicht stattgefunden habe.

Weitere Ausführungen der Abgg. Dr. Buch (nat.-lib.) und Dr. Lingen (Zentr.) über die gesetzliche Feststellung der Begriffe „Wein“ und „Bier“ geben dem

Bundeskommissar Geh. Reg.-Rath Köhler Veranlassung, wiederholt in die Debatte einzugreifen und namentlich bezüglich der Weinfabrikation darauf hinzuweisen, daß die Herstellung von Kunstwein nicht verboten sei, wohl aber der Verkauf von solchem unter der Bezeichnung „Wein“ und in dieser Richtung gewähre das Nahrungsmittelgesetz dem konsumirenden Publikum den nöthigen Schutz.

Außerdem betheiligen sich an der Debatte noch die Abgg. Dr. Möller (Dreis.), welcher davor warnte, auf dem beregten Gebiete allzu rasch

mit neuen gesetzlichen Maßnahmen vorzugehen, sowie der Abg. Dr. Frhr. v. Stauffenberg (Dreis.), welcher unter Exemplifizierung auf die spezifisch bayerischen Verhältnisse lebhaft für eine reichsgesetzliche Regelung der Materie eintrat, ohne welche das Brauergewerbe sich in einem ganz unhaltbaren Zustande von Rechtsunsicherheit befände, und endlich der Abg. Stolle (Sozialdem.), welcher für eine bessere Kontrolle der sanitären Verhältnisse in Fabriken plaidirte.

Während dieser Debatte ist der Reichskanzler Fürst v. Bismarck am Bundesrathstische erschienen.)

Nach weiterer Bewilligung einer größeren Anzahl von Positionen giebt ein von der Budgetkommission (Berichterstatter Abg. v. Bunsen (Dreis.)) beantragter Abstrich Veranlassung zu einer eingehenden Diskussion. Es handelt sich hierbei um eine Summe von 150,000 Mark als Beihilfe zur Förderung der auf Erschließung Zentralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen, von welcher Summe die Kommission 50,000 Mark absetzen will, während der Abg. von Massow (Deutschkonf.) beantragt, die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Nachdem der Berichtstatter Abg. Dr. von Bunsen (deutschfrei.) über die bezüglichen Verhandlungen in der Kommission referirt, befürwortet der

Abg. v. Massow (deutschkonf.) seinen Antrag, indem er als eine unabwiesliche Pflicht des Reichstages bezeichnet, auf dem in Rede stehenden Gebiete die Forderungen der Regierung zu bewilligen.

Nachdem Abg. Dr. Kömmer (natlib.) sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen, plaidirt Abg. Dr. Witt (Dreis.) für Zurückverweisung der Position an die Budgetkommission, während sich Abg. Grad (U.-Lotr.) für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ausspricht.

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) wahrt sich und dem Reichstage im Allgemeinen gegenüber den Ausführungen des Abg. v. Massow das Recht, von außerhalb des Hauses spielenden Vorgängen unbeeinflusst zu bleiben. Redner führt u. A. aus, daß für die Erhöhung der von der Kommission gewollten Summe keinerlei Gründe vorgebracht worden seien.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck erwidert, daß über die Nothwendigkeit der von der Regierung geforderten Summe ebenso wenig genaue Auskunft gegeben werden könne, wie über zahlreiche diplomatische Vorgänge. Die betreffende Summe solle auch an ihrem Theile dazu beitragen, die Kolonien für den auswandernden Theil der Bevölkerung des Reiches nutzbar zu machen; es handle sich darum, die Fortsetzung der wünschenswerthen Pionierarbeit auf diesem Gebiete zu ermöglichen. Die Bestrebungen der Reichsregierung nach dieser Richtung könnten von Erfolg indessen nur gekrönt sein, wenn die Regierung eine nationale Reichstags-Majorität hinter sich habe. Diese Reserve müsse sich die Regierung auferlegen und wenn sich eine solche Majorität nicht finde, so werde man sich mit dem heimischen Kommissar begnügen müssen. (Heiterkeit und allseitiges Bravo!)

Die weitere Diskussion, an welcher sich noch die Abgg. Richter-Hagen (deutschfrei.), Hartwig (deutschkonf.), Günther-Sachsen (Reichspartei), Dr. Windthorst (Zentr.), Ricker (deutschfrei.), von Köller (deutschkonf.) und v. Vanda (nat.-lib.) betheiligen, und in welche auch der Reichskanzler Fürst v. Bismarck wiederholt eingreift, fördert in Bezug auf den eigentlichen Gegenstand der Debatte selber keine wesentlich neuen Gesichtspunkte zu Tage. Trozdem wird von den Rednern der Linken und des Zentrums die Zurückverweisung der Position an die Budgetkommission befürwortet.

Der von den Oppositionsrednern geäußerte Wunsch, der Reichskanzler möge bei wichtigen Verhandlungen in den Kommissionen selber erscheinen, um die Mitglieder der Kommission genügend zu informieren oder doch seinen Kommissaren bindende Instruktionen geben, veranlaßt den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck, zu erklären, daß es ihm schlechterdings unmöglich sei, an den Verhandlungen der Kommissionen theilzunehmen, wie er auch den Kommissaren keine bindenden Instruktionen geben könne.

In ähnlichem Sinne spricht sich auch der Staatssekretär v. Bötticher aus, welcher es als selbstverständlich bezeichnet, daß, wenn die Kommission auch über die von ihnen vertretene Vorlage im allgemeinen informiert seien, sie doch über die Endziele der von der Regierung verfolgten Politik nicht genügend unterrichtet sein könnten, zumal bei einer Materie, über welche ein Beschluß der verbündeten Regierungen überall noch nicht vorliege. Er selber, in seiner Eigenschaft als Minister, nehme theils aus Konnoienz gegen die Kommissionen, theils im Interesse der Sache an den Verhandlungen der Kommissionen Theil, soweit es sich um Angelegenheiten seines Ressorts handle. Da er nun den Verhandlungen der Kommission über die in Rede stehende Position von Anfang bis zu Ende beigewohnt, so sei er in der Lage, zu konstatiren, daß während der heutigen Sitzung kein neues Moment zu Tage getreten sei; vielmehr sei alles, was heute zur Sache ausgeführt worden, bereits in der Kommission vorgebracht worden. Es liegt daher keinerlei Veranlassung vor, den Gegenstand noch einmal in die Kommission zurück zu verweisen; ein dahin gehender Antrag könne nur der Absicht entspringen, Obstruktion zu üben.

Nachdem außer dem Abg. Richter-Hagen (deutschfrei.) auch der Abg. Dr. Windthorst (Zentr.), welcher für den Reichstag dieselbe rücksichtsvolle Behandlung seitens der Regierung in Anspruch nimmt, den diese seitens des Reichstages beansprucht, den Ausführungen des Staatssekretärs entgegengetreten, wird die Diskussion geschlossen und die Position, dem Antrage des Abg. Dr. Witt (deutschfrei.) entsprechend, in namentlicher Abstimmung mit 135 gegen 128 Stimmen an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Abend werden noch einige weitere Positionen ohne Diskussion bewilligt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Etats-Beratung.

Schluß 5 1/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 9. Januar. Der mit S. M. Schiffen „Bismarck“ und „Olga“ vor Kamerun befindliche Chef des westafrikanischen Geschwaders, Kontre-Admiral Knorr, telegraphirt an die Admiralität: „Bismarck“, „Olga“ haben am 20., 21. und 22. Dezember aufrührerische Regierparteien in Kamerun mit Waffengewalt niedergeschlagen. Mehrere Hauptlinge und die größere Zahl ihrer Krieger gefallen, vertrieben oder gefangen, Dörfschaften vernichtet. Unter schwierigen klimatischen und Terrainverhältnissen war die Haltung der Truppe vorzüglich. Die seitige Verluste: Olga Matrose Bugge todt; vier schwer, vier leicht verwundet; unter letzteren Unterlieutenant von Grashausen. Autorität der Flotte und Ruhe am Ort wiederhergestellt.

St. Majestät der Kaiser haben befohlen, daß dem Geschwader die Allee höchst Anerkennung ausgesprochen werde.

Der Abg. Bayer (Volkspartei) hat folgenden das Gerichtsstellenwesen betreffenden Antrag im Reichstage eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, anknüpfend an die Resolution des Reichstages vom 14. Juni 1881 und an den Beschluß desselben vom 15. Dezember 1881 abermals die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen spätestens in der nächsten Session Vorschläge machen werden, welche eine durchgreifendere Ermäßigung der Gerichtsgebühren herbeiführen, als durch das Gesetz vom 29. Juni 1881 gewährt worden ist, und welche mit der Revision des Gerichtskostengesetzes eine solche der Gebühren-Ordnung für Rechtsanwälte verbindet.

Im Reichs-Eisenbahnamt fanden im Anschluß an die im Monat September v. J. stattgehabte Konferenz — die Abänderung und Ergänzung verschiedener Bestimmungen des Bahnpolizeileglements für die Eisenbahnen Deutschlands betreffend — am 5., 6. und 7. d. Mts. unter Betheiligung von Kommissaren mehrerer Bundesregierungen und der Militärverwaltung, Beratungen über verschiedene Bestimmungen in der Signalordnung und den Normen für die Konstruktion und Ausrüstung der Eisenbahnen Deutsch-

lands statt. Die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen beim Betriebe der Eisenbahnen haben Abänderungen und Vervollständigungen der seitherigen Vorschriften im Interesse der Sicherheit des Betriebes — zum Theil in größerem Umfange — nothwendig erscheinen lassen und sind solche insbesondere bezüglich der für den sicheren und ungehinderten Verkehr der Betriebsmittel auf den deutschen Eisenbahnen bestehenden Bestimmungen für erforderlich erachtet worden. Das Resultat der Berathung wird bei Ausarbeitung der in Aussicht genommenen Vorlage an den Bundesrath benutzt werden.

Die dem „B. L.“ aus London telegraphirt wird, ist nunmehr endgültig beschloffen, daß Frankreichs Antwort auf die englischen Vorschläge bezüglich der ägyptischen Finanzen am nächsten Donnerstag in London überreicht werde. Das französische Kabinet theilte seine Antwort den anderen Großmächten mit, so daß dieselbe thatsächlich eine „kollektive Antwort“ ist, obgleich sie formell nur von Frankreich ausgeht. Nach den Informationen, welche unser Korrespondent erhält, aus vorzüglicher Quelle erhalten zu haben, erwartet die Diplomatie auf Grund der französischen Antwort und Englands Bereitwilligkeit zu Konzeptionen nunmehr ein befriedigendes Arrangement der ägyptischen Frage.

Die durch die Erdschütterungen in Spanien herbeigeführte Katastrophe gestaltete sich nach den neuesten Meldungen noch weit furchtbarer als von Anfang an bereits angenommen wurde. In dieser Hinsicht liegt folgende telegraphische Mittheilung vor:

Madrid, 8. Januar. In den Provinzen Malaga und Granada sollen in Folge der fortwährenden Erdschütterungen gegen 40,000 Personen ihre Wohnsitze verlassen haben und nach anderen Provinzen ausgewandert sein.

Nach anderweitigen telegraphischen Nachrichten vom 7. d. Mts. haben die Erdschütterungen neuerdings, insbesondere in Nothil an der Küste von Granada, große Verheerungen angerichtet. Ebenso ist in Loja, westlich von Granada, ein neues Erdbeben erfolgt, von welchem eine Anzahl Personen betroffen wurden. In Granada nimmt die Auswanderung der befürtzten Bevölkerung immer größere Dimensionen an; 15,000 Personen hatten bereits am 7. Januar die Stadt verlassen. In der Stadt Alhama, die mit am härtesten von der Katastrophe betroffen ist, übersteigt die Zahl der Getödteten, wie nunmehr festgestellt wurde, 400. Die alte Stadt ist beinahe vollständig zerstört, so daß in deren Umgebung eine völlig neue Stadt erbaut werden soll. König Alfons beabsichtigt, vom Minister des Innern, sowie von den Senatoren und Deputirten von Malaga und Granada begleitet, gestern nach den beschädigten Provinzen abzureisen und will daselbst etwa zehn Tage verweilen. Aus Anlaß dieser Reise wird der König die von ihm zur Linderung der dringendsten Noth bewilligte Summe von 500,000 Francs selbst vertheilen. Aller Orten regt sich die Wohlthätigkeit; die spanischen Theater veranstalten Wohlthätigkeits-Vorstellungen; auch ein Stiergefecht wird, wie den Pariser Blättern vom 7. Januar aus Madrid telegraphisch mitgetheilt wird, stattfinden. Zugleich geben die Madrider Journale dem Auslande gegenüber der Dankbarkeit der spanischen Bevölkerung für die Bemühungen Ausdrück, welche darauf abzielen, den durch die Erdschütterungen beschädigten Städten, sowie den zahlreichen Angehörigen der Opfer zu Hülfe zu kommen. In Paris hat sich bereits ein Komitee aus angesehenen Personen gebildet und eine beträchtliche Summe alsbald nach Andalusien abgehen lassen.

Ausland.

London, 8. Januar. Einen Artikel über „die Gerüchte des Tages“ schließt die konservative „St. James' Gazette“ folgendermaßen:

„Wie wir erwarteten, Deutschland wird gegen unsern Anspruch auf St. Lucia Bai keinen Einwand erheben. Piondoland ist jetzt von einem Ministerium übernommen worden, welches einst überzeugt war, daß eine Politik der Annerion unter allen Umständen die übermüthigste und gottloseste ist; und hiergegen wird man natürlich außerhalb Englands nichts einzuwenden haben. In kurzer Zeit wird das Publikum von weiteren

